

Pressespiegel

- | | | | |
|-----------------|----------------------------------|---------------------|-----------------------|
| BNN Bruchsal | <input type="radio"/> | Pforzheimer Zeitung | <input type="radio"/> |
| BNN Breiten | <input type="radio"/> | Mühlacker Tageblatt | <input type="radio"/> |
| BNN Kreisseite | <input checked="" type="radio"/> | Handelsblatt | <input type="radio"/> |
| Brettener Woche | <input type="radio"/> | IHK | <input type="radio"/> |
| Kurier | <input type="radio"/> | Wochenblatt | <input type="radio"/> |



Bruchsal

Datum: 15. Feb. 2007

Metaller wollen am Wachstum teilhaben Delegiertenversammlung der IG Metall Bruchsal beschloss Forderungen für Tarifrunde 2007

Bruchsal (hüb). Am 22. Februar wird die Große Tariftkommission Baden-Württemberg die Forderung für die Tarifrunde 2007 beschließen. Im Vorfeld tagte die Delegiertenversammlung der IG Metall Bruchsal, um die Rahmenbedingungen und die Ausgangslage für die Tarifrunde zu diskutieren und die sich daraus ergebenden Forderungen festzulegen.

Der Erste Bevollmächtigte der IG Metall, Eberhard Schneider, brachte es auf den Punkt: „Aufgrund der positiven wirtschaftlichen Entwicklung und Gewinnsteigerungen der Betriebe liegt unser Forderungsvolumen deutlich über dem des vergangenen Jahres. Es muss

eine spürbare Erhöhung der Entgelte und Ausbildungsvergütungen geben.“ Schneider führte weiter aus, es sei darauf zu achten, dass sich die Tarifforderung auch künftig aus den Bestandteilen Entwicklung der Verbraucherpreise, Produktivitätssteigerung und Umverteilungskomponente zusammensetze.

Die Mitglieder der Delegiertenversammlung hielten eine Forderung von 6,5 Prozent für notwendig, um eine Sicherung der Realinkommen und eine faire Beteiligung der Beschäftigten an die gestiegene Produktivität zu erreichen. Die vom Arbeitgeberverband zur Diskussion gestellten Fimalzahlungen seien kein

Ausgleich für tabellenwirksame Tarifierhöhungen und führten langfristig zu Einkommensverlust. Preise und Mieten stiegen auch nicht einmalig.

Die Delegierten kamen zum Schluss, nur wenn die Erhöhung in die Basisentgelte ein gingen, habe der Einkommenszuwachs Bestand und bilde eine stabile Grundlage für mittelfristige Ausgaben und Lebensplanung.